

Omegloset – Omeglueget

Ständerat **Andrea Caroni** spielt nicht nur ganz passabel Schlagzeug, sondern parliert auch frisch von der Leber weg Französisch, wie Kiebitz im Westschweizer Fernsehen RTS sehen konnte. In einem Interview erzählt der Ausserrhoder über die Gründung der Bundeshaus-Band, die am 28. November



Andrea Caroni wird vom Westschweizer Fernsehen interviewt.
Bild: Screenshot

2012 an der Nationalratspräsidentenfeier von Maya Graf ihr Début gab. Die Proben mit den viel beschäftigten Musikern seien schwierig zu koordinieren, so der Bandleader. Er fühle sich manchmal wie ein «Berger des Puces», ein Hirte, der einen Sack Flöhe hüten muss.

Einen smarten Bauern aus dem Appenzellerland entdeckte Kiebitz jüngst im «Beobachter». **Hans Fässler** aus Appenzell studiert Agronomie und befasst



Hans Fässler aus Appenzell will einen modernen Bauernhof.
Bild: Screenshot

sich dabei mit Smart-Farming, dem Bauern mit Hilfe von Robotern und Computern. Seine Diplomarbeit über gesamtheitliche Farmmanagement-Systeme hat Fässler die Note 6 eingebracht. «Für uns Bauern bieten sich arbeitstechnisch wie ökonomisch grosse Chancen, wenn die Abläufe auf dem Hof vernetzt sind», sagt er gegenüber der Zeitschrift. Vater Hans, der als chächler Landwirt alter Schule beschrieben wird, bleibt in Anbetracht der Störanfälligkeit der Geräte gelassen: «Eine Kuh bleibt eben eine Kuh. Und ohne Bauer geht es dann doch nicht.»

Kiebitz

ANZEIGE

KIA Alle Modelle mit 7 Jahren Werksgarantie

Der neue **Kia Sportage** erfüllt alle Erwartungen.

hirn Hirn Appenzell AG
9050 Appenzell-Meistersrüte
Telefon 071 787 36 36 • www.hirn.ch

Bürger wehren sich gegen Asylpläne

Nach der neusten Entwicklung beim Asylzentrum Landegg regt sich nun auch Widerstand in der Bevölkerung.

Alessia Pagani

Rolf Junkert wälzt dieser Tage ununterbrochen Unterlagen, vergleicht Schriftwechsel und analysiert Verträge. Grund dafür sind die neuerlichen Entwicklungen beim Asylzentrum Landegg im Lutzenberger Ortsteil Wienacht (Ausgaben vom 8., 10. und 11. Januar). Entgegen der in der Bevölkerung vorherrschenden Meinung soll der Betrieb dort nun auch nach dem Jahr 2021 weitergeführt werden. Der Trägerverein Integrationsprojekte St. Gallen (TISG) will ein Internat für unbegleitete minderjährige Asylsuchende realisieren. Dies widerstrebt Junkert: «Wir fühlen uns hintergangen», sagt der Pensionär aus Wienacht-Tobel. Die Landegg wird von den Kantonen St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden betrieben, die Liegenschaft liegt auf der Kantonsgrenze, wobei die minderjährigen Asylsuchenden auf Eggersrieter Boden untergebracht werden sollen.

Bereits im Jahr 2009 hatte sich Junkert mit einem Bürgerkomitee erfolglos gegen die Eröffnung des Asylzentrums gewehrt (siehe unten). Die jetzige Entwicklung stösst ihm denn auch sauer auf. «Es bestehen Verträge zwischen den beteiligten Kantonen und Gemeinden, welche unter anderem die Laufzeit bestimmen. Und nun setzen sich die Verantwortlichen wissentlich über diese Verträge hinweg.» Rolf Junkert übt vor allem Kritik am Eggersrieter Gemeindepräsidenten Roger Hochreutener und spricht von einer Dampfhammeraktion: «Hochreutener hat über alle Verträge hinweg seine eigene Meinung durchsetzen wollen. Er spielt Diktator. Was Hochreutener sagt, ist Gesetz.» Dies geht nicht mit Junkerts Demokratieverständnis einher. «Für die Bevölkerung ist dies ein Affront.» Für Junkert ist klar: Es gibt nur noch eine Option, und zwar jene einer definitiven Schliessung der Landegg.

Bürgerkomitee wird wieder aktiv

Rolf Junkert hat sich mit zwei Mitbürgern zusammengeschlossen und die Aktion Pro Wienacht wieder aufleben lassen. In einem offenen Brief üben sie scharfe Kritik. Darin wird der



Seit 2010 beherbergt die Landegg im Ortsteil Wienacht-Tobel Asylsuchende.

Bild: Urs Bucher

Vorwurf erhoben, dass sich Hochreutener mit den Kantonsregierungen hätte absprechen müssen. Die Argumentation des Eggersrieter Gemeindepräsidenten, er sei überlastet gewesen und habe die Verträge nicht gekannt, nennt Junkert eine Ausrede, die Entschuldigungen akzeptiert er nicht: «Unwissen-

heit schützt vor Strafe nicht», so Junkert. Vielmehr habe Hochreutener keinerlei Rücksicht auf die Bevölkerung genommen. «Mit solchen Aktionen verliert das Volk das Vertrauen in die Politik. Für uns ist Hochreutener keine integre Amtsperson und als Gemeindepräsident nicht mehr tragbar», sagt Rolf Junkert

unmissverständlich. Zudem kritisiert er Hochreuteners Doppelrolle als ehemaliger Geschäftsführer des TISG und als jetziger Gemeindepräsident.

Forderung, den Vertrag zurückzuziehen

Vor der Eröffnung der Landegg hatte es in der Bevölkerung ge-

«Hochreutener spielt Diktator. Als Gemeindepräsident ist er nicht mehr tragbar.»

Rolf Junkert
Bürgerkomitee
Aktion Pro Wienacht

brodelt. Eine Task-Force wurde einberufen. Nebst dem damaligen Lutzenberger Gemeindepräsidenten Erwin Ganz und weiteren Gemeindeverantwortlichen arbeitete auch Markus Will in der Task-Force mit, um eine tragfähige Lösung zu finden. Auch er zeigt sich wenig erfreut über die jetzige Ankündigung des TISG und fühlt sich überrumpelt. Will nimmt die Gemeinde Lutzenberg in die Verantwortung und spricht unter anderem vom Versäumnis, die gesamte Sachlage vor der Kündigung überprüft zu haben: «Seit mehr als zehn Jahren läuft der Betrieb sehr gut und die Landegg wird grösstenteils akzeptiert. Man hätte vorher alle Optionen – die angekündigte Schliessung, eine Weiterführung oder andere Nutzungsmöglichkeiten der Liegenschaften – analysieren und mit der Bevölkerung von Wienacht diskutieren müssen.» Auch Will spricht von einem Vertrauensbruch. «Durch das diskussionswürdige Vorgehen des Eggersrieter Gemeindepräsidenten ist eine Sachlage geschaffen worden, die nicht im Sinne des Vertrages ist. Und durch dieses unabgesprochene Verhalten herrscht nun böses Blut.»

Als einzige Möglichkeit, das Problem zu lösen, sieht Markus Will einen Marschhalt: «Der Vertrag mit dem TISG muss zurückgezogen werden und es muss jenseits von Populismus nach Treu und Glauben und unter Einhaltung des Vertrages eine tragfähige Lösung gesucht werden.» Will macht nochmals deutlich: «Wir alle stehen mit unserem Wort in der Pflicht.»

Bereits 2009 sorgte geplantes Asylzentrum für Kritik

Asylpolitik Es ist eine verworrene Situation. Als 2009 über die Eröffnung des Asylzentrums Landegg im Ortsteil Wienacht-Tobel diskutiert wurde, hagelte es Kritik aus der Bevölkerung. Um eine tragfähige Lösung zu finden, hatte sich eine Task-Force gebildet, in der unter anderem der Lutzenberger Gemeindepräsident Erwin Ganz zusammen mit St. Galler Regierungsrätin und heutige Bundesrätin Karin Kel-

ler-Sutter und der Ausserrhoder Regierungsrat Jürg Wernli stellten sich an einer öffentlichen Versammlung den Fragen und Sorgen der Bürger. Zuvor hatten sich acht Lutzenberger und Wienächter Bürger zum Bürgerkomitee «Aktion Pro Wienacht» zusammengeschlossen, um sich gegen das neue Zentrum zu wehren. Eine mit 64 Unterschriften bei der Gemeinde Lutzenberg eingereichte Initiative wurde für ungültig erklärt, das

Bürgerkomitee akzeptierte die Entscheidung und das Asylzentrum wurde 2010 schliesslich eröffnet. Die beiden Regierungen von Ausserrhoden und St. Gallen hatten sich auf einen gemeinsamen Betrieb des Asylzentrums geeinigt. Erwin Ganz zeigte sich froh, dass die Forderungen des Gemeinderates Lutzenberg in der abgeschlossenen Vereinbarung «vollumfänglich» berücksichtigt wurden. Zu diesen Forderungen gehörte nebst

der Festsetzung einer maximalen Belegungszahl und der Betreuungsvoraussetzungen auch die Laufzeitbeschränkung auf zwölf Jahre. Die bis vor kurzem vorherrschende Meinung war, dass ohne die Zustimmung der beiden beteiligten Gemeinden eine Weiterführung des Betriebs nicht möglich sei. Die Bevölkerung wurde nun eines Besseren belehrt.

Wienacht bot allerdings schon vor 2010 Asylsuchenden

ein Zuhause. Vor der Eröffnung der Landegg diente seit 1986 das ehemalige Kurhotel Alpenblick als kantonales Asyldurchgangszentrum. Im Jahr 2015 stimmte eine Mehrheit der Bevölkerung für den Abbruch der Liegenschaft. Bei diesem Entscheid hatte nicht zuletzt die Befürchtung mitgespielt, dass nach der Schliessung der Landegg die Asylsuchenden wieder in den Alpenblick hätten umquartiert werden können. (pag)